

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Grünwald (2008-2014) am Dienstag, den 03. März 2009 um 19.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses Grünwald

---

## ANWESEND:

1. Bürgermeister Neusiedl Jan  
3. Bürgermeisterin Nöbel Renate

## GR – Mitglieder

Bechler Ulrich  
Brauner Tobias  
Dr. Bühler Thomas  
Dr. Forster Dieter  
Dr. Graeven Christina  
Kneidl Uschi  
Dr. Knittel Wilhelm  
Kraus Helmut  
Kuny Wolfgang  
Dr. Paeschke Christine  
Portenlänger-Braunisch Barbara  
Reinhart-Maier Ingrid  
Sedlmair Gerhard  
Splettstößer Reinhard  
Schmidt Oliver  
Staehe Katrina  
Steininger Alexander  
Dr. Victor-Becker Katja  
Wagner Antje  
Zettel Robert

## NICHT ANWESEND:

Altmann Christian  
Groenewegen-Weik Ulrike  
Weidenbach Stephan

## VERWALTUNG:

Geschäftsleiter Jobst Dietmar  
Kämmerer Bader Raimund  
Bauamtsleiter Rothörl Stefan  
Technischer Leiter Reger Wolfgang  
VFW Gantner Peter  
VFW Rank Ulrich  
Dipl.Ing. (FH) Kleßinger Peter  
Verw.-Ang. Seel Hans

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 24 + 1. Bürgermeister; davon sind die oben angeführten Mitglieder des Gemeinderates und der 1. Bürgermeister erschienen. Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

---

## **86. Entscheidung über die vorgelegte Tagesordnung;**

---

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## **87. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 27. Januar 2009;**

---

Die oben bezeichnete Niederschrift wird einstimmig angenommen.

## **88. Entschädigung für Wahlhelfer bei der Europawahl (07.06.2009) und Bundestagswahl (27.09.2009);**

---

Bei der letzten Europawahl (2004) wurden für die Wahlhelfer in den Wahlbezirken 50,-- € und in den Briefwahlbezirken 45,-- € sowie bei der letzten Bundestagswahl (2005) 40,-- € bzw. 35,-- € gewährt.

Nachfolgender Vergleich mit den Nachbargemeinden:

<b>Gemeinde</b>	<b>Wahlbezirk Europawahl</b>	<b>Briefwahlbezirk Europawahl</b>	<b>Wahlbezirk Bundestagswahl</b>	<b>Briefwahlbezirk Bundestagswahl</b>
<b>Oberhaching</b>	50,-- € (Vorschlag 2009)	40,-- € (Vorschlag 2009)	50,-- € (Vorschlag 2009)	40,-- € (Vorschlag 2009)
<b>Ottobrunn</b>	60,-- €	60,-- €	noch nicht bekannt	noch nicht bekannt
<b>Pullach</b>	noch nicht bekannt	noch nicht bekannt	noch nicht bekannt	noch nicht bekannt
<b>Unterhaching</b>	50,-- €	50,-- €	noch nicht bekannt	noch nicht bekannt
<b>Unterschleißheim</b>	40,-- € (Vorschlag 2009)	40,-- € (Vorschlag 2009)	40,-- € (Vorschlag 2009)	40,-- € (Vorschlag 2009)

Nachdem es immer schwieriger wird, genügend Wahlhelfer zu gewinnen (Europawahlen finden dieses Jahr in den Pfingstferien statt), schlägt die Verwaltung eine Anpassung der Entschädigungen vor. Bei den vorstehenden Wahlen werden jeweils ca. 90 Wahlhelfer benötigt.

Gemeinderatsmitglied Steininger befürwortet die Anpassung der Entschädigungen und schlägt folgende Entschädigungshöhe vor. Für Europawahl und Bundestagswahl sollten für die Wahlhelfer in den Wahlbezirken 60,-- € und für die Wahlhelfer in den Briefwahlbezirken 50,-- € gewährt werden.

Der **Gemeinderat beschließt einstimmig** bei den Europawahlen am 07. Juni 2009 und bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 eine Entschädigung für die Wahlhelfer in den Wahlbezirken in Höhe von 60,-- € sowie für die Wahlhelfer in den Briefwahlbezirken in Höhe von 50,-- € zu gewähren.

**89. Berichterstattung aus den Ausschüssen sowie von aktuellen Vorgängen und Themen besonderer Wichtigkeit;**

---

**Bürgerfest in Wörnbrunn;**

Wie bereits beim diesjährigen Vereinetreffen am 13.02.2009 angekündigt, findet das Bürgerfest aus Anlass des Erwerbs der Rodungsinsel Wörnbrunn durch die Gemeinde Grünwald am **Samstag, den 15. August 2009** (Mariä Himmelfahrt) statt.

**90. Bekanntgabe von Dringlichkeitsentscheidungen, die der 1. Bürgermeister gem. Art. 37 Abs. 3 GO anstelle des Gemeinderates getroffen hat;**

---

Bekanntgaben von Dringlichkeitsentscheidungen sind nicht erfolgt.

**91. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. Art. 52 Abs. 3 GO;**

---

Bekanntgaben von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen sind nicht erfolgt.

**92. Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;**

---

**Erweiterung der Ampelanlage Südl. Münchner / Schloßstraße für Linksabbieger;**  
(Anfrage Gemeinderatsmitglied Wagner vom 24.06.2008 – Beschluss-Nr. 29 ö);

Mit Schreiben vom 29.01.2009 hat das LRA München als Straßenbaulastträger wie folgt Stellung genommen:

*„Bezugnehmend auf die Anfrage aus dem Gemeinderat zur Entschärfung des Kreuzungspunktes St 2072 / Schloßstraße und den Ortstermin am 13.11.2008 dürfen wir wie folgt Stellung nehmen:*

*Ein Einbiegen aus der Schloßstraße in Fahrtrichtung München ist aufgrund der derzeitigen Positionierung der Signalgeber problemlos möglich, allerdings ist die Sichtbarkeit teilweise eingeschränkt, wenn die Aufstellposition für Fahrzeuge nicht optimal eingehalten wird.*

*Die Anbringung eines zusätzlichen Signalgebers, der für den ausfahrenden Linksabbieger aus der Gemeindestraße einsehbar ist, müsste an den bestehenden Masten bei der Fußgängerfurt erfolgen. Die hier angebrachten Signalgeber sind jedoch entsprechend*

*technischem Regelwerk (RiL-SA) so einzustellen, dass diese für den Verkehrsteilnehmer auf der St 2072 (Südl. Münchner Straße) gut sichtbar sind.*

*Eine Verbesserung der Situation aufgrund der eingeschränkten Sichtbeziehungen für die Linksabbieger aus der Schlossstraße in Fahrtrichtung München und damit eine Erhöhung der Verkehrssicherheit ist nur mit einer Signalisierung des kompletten Einmündungsbereiches möglich, was jedoch negative Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit zur Folge hat.*

*An diesem Knotenpunkt haben sich nach Polizeiangaben in den letzten 3 Jahren lediglich zwei schwerwiegende Verkehrsunfälle mit Sachschaden ereignet, die auf Fahrfehler beim Einbiegen in die St 2072 zurückzuführen waren. Beide Unfälle hatten allerdings die Fahrbeziehung Richtung Straßlach inne. Die antragsgegenständig beschriebenen Rotlichtverstöße konnten ebenfalls nicht bestätigt werden.*

*Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich die Beteiligten beim Ortstermin einvernehmlich gegen einen Vollausbau der Signalanlage ausgesprochen haben, da dies aus Verkehrssicherheitsgründen nicht für zwingend erforderlich erachtet wird.“*

**Einsatz von sog. „Pinguinen“ für Schlittschuhanfänger auf dem Eislaufplatz im Grünwalder Freizeitpark;**

(Anfrage Gemeinderatsmitglied Dr. Victor-Becker vom 16.12.2008 – Beschluss-Nr. 61 nö);

Gemeinderatsmitglied Dr. Victor-Becker bedankt sich für die prompte Erledigung. Es stehen zwischenzeitlich wieder ausreichend Schlittschuhhilfen für die Kinder zur Verfügung.

Weitere Anfragen an die Verwaltung sind in der Anlage beigefügt.

---

**Ende der Sitzung: 19.20 Uhr**

---

## Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

GR - Sitzung vom 03. März 2009 - öffentlich - TOP 92

GR - Mitglied	Anfrage	Beantwortung
<b>Zettel</b>	Bei der Anlieferung am Wertstoffhof kommt es insbesondere in den Stoßzeiten durch Anlieferer mit Anhängern zu nicht unerheblichen Behinderungen für die anderen Anlieferer. Es wäre zu prüfen, ob nicht durch eine eigene separate „Anlieferspur“ hier eine Verbesserung des Betriebsablaufes erreicht werden könnte.	Die Verwaltung wird die Angelegenheit mit der Betreiberfirma (Firma Ehgartner) prüfen.
<b>Zettel</b>	Es ist seit Längerem feststellbar, dass offensichtlich widerrechtlich Personen aus den Wertstoffcontainern auf dem Wertstoffhof (insbesondere bei Schrott und Elektronikschrott) sich Gegenstände entnehmen.	Die Verwaltung wird zusammen mit der Betreiberfirma (Firma Ehgartner) durch verstärkte Überwachung darauf hinwirken, dass dies nicht mehr geschieht. Grundsätzlich ist es so, dass sämtliche Gegenstände (Wertstoffe, die auf dem Wertstoffhof abgegeben werden) in das Eigentum der Gemeinde gelangen. Eine nicht genehmigte Entnahme durch Private ist ausdrücklich untersagt.
<b>Brauner</b>	Beim Projekt Neubau Parkgarage und Wohnhaus am Hirtenweg wurde versäumt, den Erbbauberechtigten als unmittelbaren Nachbarn zu hören. Nach Art. 71 Abs. 3 BayBO ist dieser jedoch zu hören – hier liegt wohl ein Verfahrensfehler vor.	Es ist festzustellen, dass für das Baugenehmigungsverfahren zunächst das Landratsamt München zuständig ist. Die Nachbarnhörung und Beteiligung hätte von dieser Behörde erfolgen müssen. Ungeachtet dessen hat der 1. Bürgermeister zusammen mit der Bauverwaltung den betroffenen Erbbauberechtigten die Einsichtnahme in die Bauakten und Pläne ermöglicht und die Zustimmung zum Bauvorhaben erhalten.
<b>Wagner</b>	Auf der Oberhachinger Straße gilt ab 22.00 Uhr eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen. In der Josef-Sammer-/Kaiser-Ludwig-Straße gilt generell die allgemeine Geschwindigkeit von 50 km/h. Es ist zu befürchten, dass deshalb Autofahrer die Oberhachinger Straße meiden und verstärkt die Josef-Sammer-/Kaiser-Ludwig-Straße benutzen. Ist es möglich, auch für den Bereich der Josef-Sammer-/und Kaiser-Ludwig-Straße eine durchgängige 30 km/h-Geschwindigkeit anzuordnen.	Die Verwaltung wird den Vorschlag prüfen.

GR - Mitglied	Anfrage	Beantwortung
<p><b>Kraus</b></p>	<p>Im Zusammenhang mit der Anfrage von Herrn Brauner kam von der Bauverwaltung die Aussage, dass die Zustimmung zu den Grundstücksverankerungen zum Projekt Neubau Parkgarage noch nicht vorliegen – damit ist die Baumaßnahme statisch nicht gesichert.</p>	<p>Die unmittelbar von der Baumaßnahme betroffenen Grundstücksnachbarn wurden alle rechtzeitig informiert und gegeben mit der Gemeinde einen Vertrag über die sog. Baugrubensicherung abzuschließen. Zwei von drei betroffenen Anliegern haben dem Vorhaben bereits zugestimmt. Die dritte Zustimmung wird demnächst vorliegen – so dass die Baumaßnahme statisch gesichert ist.</p>
<p><b>Dr. Knittel</b></p>	<p>Ist der Verwaltung bekannt, dass das Geschwindigkeitsmessgerät Kaiser-Ludwig-Straße auf der Höhe des Spielplatzes seit längerer Zeit nicht mehr funktionsfähig ist?</p>	<p>Die Verwaltung/Ordnungsamt wird umgehend die Funktionsfähigkeit des Gerätes prüfen bzw. wiederherstellen.</p>